

p.B.58.01.4.

Beilage zu Bulletin Nr. 40/76VertraulichBericht über eine Romreise12. - 14. Oktober 1976

Ich habe mich vom 12. - 14. Oktober auf Einladung meines italienischen Kollegen, Botschafter Raimondo Manzini, Generalsekretär des Aussenministeriums, in Rom aufgehalten. Ziel des Besuches war, mit den italienischen Behörden Eindrücke über die weltpolitische Lage auszutauschen, soweit sie für die Schweiz von besonderem Interesse sind, sowie über einige bilaterale Probleme, namentlich das in parlamentarischer Behandlung befindliche Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Italien, zu sprechen. Mein Aufenthalt fiel in eine Zeit dramatischer Zuspitzung der innenpolitischen Situation Italiens, wenige Tage nachdem die Regierung Andreotti ein drastisches Sparprogramm eingeführt hatte, um dem Währungszerfall und einem drohenden Kollaps der italienischen Wirtschaft Einhalt zu gebieten.

Ich erwähne einleitend die Audienz, die mir, begleitet von Botschafter Monfrini, der italienische Staatspräsident Leone gewährte. Der Empfang ging auf seine Initiative zurück und hatte zum Zweck, dem Bundesrat den Dank Italiens für die Anteilnahme an der Katastrophe von Seveso und die von uns geleistete Hilfe auszusprechen.

Ausser einem weitreichenden Gedankenaustausch mit Botschafter Manzini und seinen Kollegen der Farnesina konnte ich mich auch mit vier Mitgliedern des italienischen Kabinetts unterhalten, nämlich den Herren Forlani (Aussenminister), Stammati (Schatzminister), Pandolfi (Finanzminister) und Ossola (Minister für Aussenhandel). Das Ergebnis der Gespräche lässt sich wie folgt aufgliedern:

I. Bilaterale Probleme

a) Doppelbesteuerungsabkommen. Der italienische Ministerrat hat die Weiterleitung des Abkommens an das Parlament vor einigen Tagen grundsätzlich beschlossen. Dieser Beschluss muss noch formalisiert werden, wozu die Unterschriften der eben genannten vier Minister erforderlich sind. Bei jedem einzelnen dieser Herren habe ich auf die Dringlichkeit der Prozedur hingewiesen. Sind einmal die Unterschriften geleistet, so befasst sich der Ministerrat noch einmal mit der Angelegenheit und beauftragt eines seiner Mitglieder im Senat sowohl als in der Kammer die Aufnahme des Gegenstandes in die Traktandenliste zu beantragen. Anschliessend geht das Geschäft an die auswärtige und an die Budgetkommission der beiden Kammern. Es muss mit einer Frist von minimal sechs Monaten bis zur Verabschiedung der Angelegenheit gerechnet werden. Die Möglichkeit war mir geboten, die Generalsekretäre der beiden Versammlungen, Dr. Antonio Maccanico für das Abgeordnetenhaus, und Dr. Gaetano Gifuni für den Senat, bei einer gesellschaftlichen Veranstaltung von der Sache zu sprechen. Sie haben mir, soweit dies in ihrer Macht steht, eine möglichste Beschleunigung der Prozedur zugesagt. Ueber die schweizerische Seite der Angelegenheit befragt, erwähnte ich, dass - nachdem der Nationalrat bereits zugestimmt hat - die Ständerätliche Kommission sich erneut am 30. November mit der Sache befassen wird und wohl in der Märzsession mit einem Beschluss des Plenums des Ständerates gerechnet werden könnte. Die Annahme der Motion Eisenring durch den Nationalrat hat in Rom einiges Erschrecken hervorgerufen, das ich möglichst abzuschwächen suchte.

Gesetz Nr. 159. Das Gesetz Nr. 159 ist bekanntlich in einer uns durchaus befriedigenden Weise verabschiedet worden, d.h. die Italienschweizer haben ihre Vermögenswerte in der Schweiz weder zu deklarieren noch gar nach Italien zu transferieren. Offen bleibt

die Frage, wieviel von ihrem Einkommen unsere Landsleute in Italien in die Schweiz überführen können. Nach Auskunft von Aussenhandelsminister Ossola wird dieser Punkt möglichst unauffällig im Rahmen eines Ausführungsdekrets demnächst in einem für uns günstigen Sinne erledigt werden (die Rede ist von 20% des Einkommens).

b) Konferenz über die Kodifizierung des humanitären Völkerrechts. Botschafter Manzini kennt das Problem selbst nicht im einzelnen, sieht aber unser Interesse an einem Abschluss der Beratungen in der bevorstehenden vierten Phase völlig ein. Er instruierte in meiner Gegenwart einen Mitarbeiter, sich der Sache anzunehmen und uns in jeder Weise zu unterstützen, eventuell auch einen Spezialisten zur Vorbesprechung der letzten Konferenzphase nach Bern zu entsenden.

c) Ausbau des Bahnhofes Domodossola. Nach den Auskünften des Direktors der Wirtschaftsabteilung der Farnesina, Botschafter Mondello, haben die italienischen Staatsbahnen einen zustimmenden Beschluss bereits gefasst. Es geht nun darum, dass der Posten im Gesamtbudget verbleibt, wofür das Aussenministerium sich verwenden wird.

d) Stiftung Balzan. Es ist der Farnesina gelungen, beim Vatikan den Einfluss von Padre Zucca zu "neutralisieren". Für die Bestellung eines Kommissars der Stiftung "Premio" ist aber der Augenblick noch nicht gekommen.

II. Die inneren Zustände Italiens

Die von mir aufgesuchten Minister des Kabinetts Andreotti gaben mir alle einen guten Eindruck. Es handelt sich zumeist um jüngere Leute, die sich der auf ihnen lastenden Verantwortung

klar bewusst sind. Die Haltung, die sie den Entwicklungen der kommenden Monate gegenüber einnehmen, ist nicht einheitlich. Während das Aussenministerium einer kommunistischen Regierungsbeteiligung gegenüber eine klare Trennungslinie zieht, erklärte mir Aussenhandelsminister Ossola, dass ohnehin schon heute nichts Wesentliches mehr ohne vorherige Absprache mit der kommunistischen Partei getan werden könne. Der Eintritt kommunistischer Minister in die Regierung würde daher vielleicht im Ausland zunächst einen gewissen Schock auslösen, aber an der tatsächlichen Situation wenig ändern. Finanzminister Pandolfi wiederum analysiert die Lage wie folgt: Die Kommunisten werden sich während der nächsten schätzungsweise drei bis sechs Monate nicht von der im August gefundenen Formel - Duldung der Regierung Andreotti und beschränkte Mitarbeit an der Bewältigung der Wirtschaftskrise - entfernen, schon um nicht an Glaubwürdigkeit bei den eigenen Anhängern zu verlieren. Nach Ablauf einer gewissen Karenzfrist aber ist es wahrscheinlich, dass sie zu einem weiteren Schritt auf die Beteiligung an der Staatsmacht hin ansetzen werden. Hierauf hat sich die Democrazia Cristiana vorzubereiten. Es ist dringend, dass sie ihren traditionellen - dogmatischen und doktrinären - Charakter ändert und zu einer Art liberal-demokratischen Partei wird. Ferner muss sie den kleinen laizistischen Parteien, den Liberalen, den Republikanern, den Sozialdemokraten, aber auch den Sozialisten goldene Brücken bauen, um sie zu einer Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit der DC zu ermutigen. Der letzte Wahlgang, der für die sozialistische Partei eine bittere Enttäuschung war, sollte ihr bewiesen haben, dass sie in einer Allianz mit den Kommunisten nur verlieren kann. Das Mittel vorgezogener Wahlen muss eingesetzt werden, wenn nur um diesen Preis ein Abgleiten der Lage in der Richtung einer kommunistischen Regierungsbeteiligung abzuwenden ist.

Schatzminister Stammati sowohl wie Aussenminister Forlani unterstrichen die hohe Bedeutung, die dem Vertrauen des Auslandes in Italien zukommt. So haben sich die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Italien in den letzten Monaten verbessert. Forlani hat - begleitet von Manzini - bei Präsident Ford und Staatssekretär Kissinger vorgesprochen, auf die vermehrten Verteidigungsanstrengungen Italiens verwiesen, die Abschränkungen gegenüber den Kommunisten hervorgehoben und seine Zuversicht darüber ausgedrückt, dass die gegenwärtige Krise bewältigt werden kann. Hinter dieser Haltung Forlanis sowohl als Stammatis steht die Erwartung, dass Italien ausser vom Internationalen Währungsfonds auch amerikanische Kredite zugesprochen erhalten wird. Amerika ist für die gegenwärtige Regierung Italiens das wichtigste Land überhaupt. Man hat zwar Kissingers öffentliche Warnung vor dem Einschluss der Kommunisten in die Regierungsmannschaft in ihrer rückhaltlosen Offenheit nicht sehr geschätzt; aber die Botschaft ist durchaus verstanden worden.

Das jüngste Massnahmenpaket der Regierung Andreotti führt in Italien eine ausgesprochene Deflationspolitik ein (obwohl das Wort nicht gebraucht wird). Die italienische Wirtschaft muss für eine Zeitlang auf jedes Wachstum verzichten, da die Währungslage die Einfuhr teurer Rohstoffe über einem gewissen Punkt hinaus verbietet. Die Gewerkschaften sowohl als der einzelne italienische Arbeiter werden - so hofft die Regierung - einsehen, dass für sie alles in den letzten dreissig Jahren an sozialem und materiellem Aufstieg Gewonnene auf dem Spiel steht und deshalb auf eine weitere Erhöhung der Reallöhne für einige Zeit nicht gerechnet werden kann. Ob diese Einsicht sich durchsetzt, ist eine der grossen unbeantworteten Fragen, welche die gegenwärtige Lage aufgibt.

III. Die italienische Aussenpolitik

Die Aussenpolitik des Landes wird ganz von der innenpolitischen Situation überschattet. Die Kardinalfrage bleibt auch hier, wieweit dem Kommunismus in Italien selbst Einhalt geboten werden kann. Hieraus wird zum Beispiel die ausserordentliche Bedeutung verständlich, die das antikommunistische Italien den Direktwahlen zum Europäischen Parlament beimisst. Der Wahlgang vom Frühjahr 1978 soll einmal mehr erweisen - darauf liegt der Hauptakzent -, dass die Mehrheit des italienischen Volkes den Kommunismus ablehnt. Dringend wird von den antikommunistischen Kräften Italiens nach wie vor auf ein baldiges Fortschreiten der europäischen Integration nach dem ursprünglichen Konzept der Supranationalität gehofft: es ist die alte Spekulation einer "Ertränkung", einer Neutralisierung des italienischen Kommunismus in einem gesamteuropäischen Rahmen, in dem seine durchschnittliche Bedeutung auf einen relativ harmlosen Stellenwert absinken würde. Doch ist man in Rom realistisch genug, um nicht mit kurzfristigen Entwicklungen in der EG zu rechnen.

Andere Probleme, die Italiens Aussenpolitik direkt oder indirekt interessieren, stehen in derselben Beleuchtung. Ich erwähne Malta, wo man sich in Rom schon jetzt Sorgen für die Zeit nach dem endgültigen Abzug der Engländer im Jahre 1979 macht. Das Ziel ist klar: Malta und sein Herr und Meister Dom Mintoff müssen daran verhindert werden, sich in einem wirtschaftlich motivierten Verzweiflungsakt der Sowjetunion in die Arme zu werfen, konkreter gesagt: den Russen gegen wirtschaftliche und finanzielle Hilfe militärische Stützpunkte zu eröffnen. Rom pflegt daher seine - ohnehin guten - Beziehungen zur arabischen Welt, um die kostbaren Oeldollars, deren Aequivalenz Italien in seiner bedrängten Lage nicht selbst aufbringen könnte, auch nach Malta zu leiten und sie dort mit italienischer

technischer Hilfe zu verbinden.

Auch die Beziehungen zu Angola werden sorgsam gepflegt. Italien hat dort seit mehr als einem halben Jahr eine wohlausgestattete Botschaft; man tut, was man kann, politisch und auch wirtschaftlich, um dem Nationalismus des jungen Staates den Rücken zu stärken und die Anfangserfolge des sowjetischen Imperialismus einzudämmen. Das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten ist bereits erwähnt worden, auch die Tatsache, dass ihm in der schwierigen Gratwanderung, in der die gegenwärtige Regierung begriffen ist, eine eigentliche Schlüsselrolle zukommt.

Was Wunder, dass angesichts der zentralen Bedeutung des eigenen künftigen Schicksals in Italien Probleme wie die Entwicklungszusammenarbeit - lies: Pariser Konferenz und die Folgen Nairobis -, aber auch die Schlussakte von Helsinki und die Vorbereitung des Belgrader Treffens von 1977, ganz abseits stehen. Die abgründige Skepsis, die dem italienischen Charakter eignet, lässt hier wie dort hochgemute Hoffnungen ohnehin nicht zu.

Weitnauer

(A. Weitnauer)